Tönissteiner Kreis

Gesprächskreis Wissenschaft, Wirtschaft und Politik

E U R O P A !

54. Tönissteiner Jahresgespräche vom 21. – 22. Januar 2012

Vorwort 3
Programm 4
Grußwort 6
Jürgen Trittin 8
Naturwissenschaftliches Panel 12
Quentin Peel 16
André Sapir 20
Wirtschaftspolitisches Panel 24
Impressionen 29
Impressum 32

EUROPA!
54. Tönissteiner Jahresgespräche
Vom 21. bis 22. Januar 2012 in Berlin

Knapper hätte der Titel der Jahresgespräche 2012 nicht sein können. Aber wie das Ausrufungszeichen schon andeutete, tat sich auch bei den Ausführungen auf dem Podium, am Rednerpult sowie bei den Teilnehmern ein Spannungsfeld auf, das von Beunruhigung über Resignation bis hin zu „Europa“ als Antwort auf die Zukunftsherausforderungen reichte.

Als wir ein Jahr zuvor das Thema wählten, hatten wir wohl schon die Finanzkrise vor Augen, nicht aber, wie sehr Europa die (innen- und außen-) politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Diskussion, mitunter bis zur Zerreißprobe, prägen würde und auch noch weiter prägt.

Mit Europa haben wir uns gleichzeitig eines Tönissteiner „Ur-Themas“ angenommen. Auch wenn die Auslandserfahrung der Tönissteiner schon lange nicht mehr auf Europa beschränkt ist, gibt es hierzu doch eine geballte Kompetenz im Kreis. Eine Premiere war die Organisation eines reinen Wirtschaftspanels, hochrangig mit Tönissteinern besetzt. Bei der zuvor in den Medien geführten Debatte zu Europa und „Eurokrise“ war nach unserem Empfinden die deutsche Wirtschaft – vielleicht auch durch zu große Zurückhaltung bedingt – nicht ausreichend zu Wort gekommen.

Auch dieses Jahr hatte die NIM*-Gruppe einen eigenen Programmpunkt: Jürgen Großmann bezog Stellung zur deutschen und europäischen Energiepolitik. Sein Auftritt nach der Eröffnungsrede von Jürgen Trittin sorgte erwartungsgemäß für eine kontroverse und zugleich faktenreiche Diskussion. Gemeinsam war bei beiden die Forderung nach „Mehr Europa“ in der Energiepolitik – unter Ausnutzung geographischer Standortvorteile, insbesondere bei erneuerbaren Energien. Sie knüpften damit an eine Vision an, die BDI-Hauptgeschäftsführer Kerber in seinem Grußwort formuliert hatte.

Bei den Beiträgen ergänzten sich Tönissteiner Insights und die Analysen der eingeladenen Experten. Die hier zusammengefassten Beiträge der zwei Tage in Berlin haben die Ernsthaftigkeit der gegenwärtigen Krise aufgezeigt und gleichzeitig bei allen die Gewissheit hinterlassen, dass uns EUROPA! weiter beschäftigen wird und gleichzeitig der Schlüssel zur Überwindung der Krise ist.

Dr. Oliver Nass,
für die Sprecher des Tönissteiner Kreises e. V., April 2012

** Naturwissenschaftler, Ingenieure und Mediziner im Tönissteiner Kreis*

54. Tönissteiner Jahresgespräche | EUROPA!

21. bis 22. Januar 2012, Berlin-Dahlem – Harnack-Haus

Samstag, 21. Januar 2012

10.00 Uhr	**Begrüßung** aller Teilnehmer durch **Dr. Oliver Nass**
10.05 – 10.15 Uhr	**Grußwort Dr. Markus Kerber**, Hauptgeschäftsführer BDI, Berlin
10.15 - 11.30 Uhr	**Grundsatzrede Europa** **Jürgen Trittin**, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen, Berlin Moderation: **Dr. Ulrike Guérot**, ECFR
12.00 –13.30 Uhr	**Naturwissenschaftliches Panel** **Deutsche Energiewende im europäischen Binnenmarkt** **Dr. Jürgen Großmann,** Vorstandsvorsitzender RWE AG, Essen Moderation: **Andreas Rohardt**
16.30 –18.00 Uhr	**Englischer Vortrag** **The Future of the Euro and the Eurozone** **Quentin Peel**, International Affairs Editor Financial Times, Berlin Moderation: **Rolf Elgeti**
18.00 – 18.10 Uhr	Vorstellung des **Tönissteiner Patenprogramms für das Studentenforum**
18.10 - 19.00 Uhr	**Studentenforum-Projekte 2011 – 2012** Moderation: Beauftragte des Studentenforums
19.00 - 19.20 Uhr	**Tönissteiner Preis:** Verleihung an ein Projekt des Studentenforums Laudatio: **Gesa Curtius-Stollenwerk**

Sonntag, 22. Januar 2012

09.30 – 11.00 Uhr	**Französischer Vortrag** **L'avenir de la zone euro: Quelle gestion de la crise et quelles perspectives pour la gouvernance économique?** **André Sapir,** Bruegel European Think Tank for International Economics, Brüssel Moderation: **Dr. Daniela Schwarzer**, SWP
11.30 – 13.00 Uhr	**Wirtschaftspolitisches Panel** **Deutsche Unternehmen und Europa – Tönissteiner Insights** **Gerd Häusler**, Vorsitzender des Vorstandes, Bayerische Landesbank München **Dr. Thomas Birtel**, Mitglied des Vorstands der STRABAG AG, Köln, und der STRABAG SE, Wien/Österreich **Dr. Ulrich Köstlin**, ehem. Vorstand Bayer Schering AG **Dr. Joachim Reidiess**, Geschäftsf. Gesellschafter, Dr. Wirth Gruppe Moderation: **Dr. Inga Michler**, Die Welt
13.00 Uhr	Schlusswort: **Dr. Oliver Nass**

Dr. Markus Kerber *„Auch im Süden Europas muss die Jugend von morgen den Euro als zukunftsweisend begreifen.“*

Europa!
Grußwort anlässlich der 54. Tönissteiner Jahresgespräche 2012
Dr. Markus Kerber

Nach einer kurzen Begrüßung geht Markus Kerber sogleich in medias res und führt über Schumpeters geldtheoretische Gedanken (Das Wesen des Geldes, 1929) in die Euro-Thematik ein. Europa steckt in der Krise und der Euro ist das Symptom dieser Krise. Kerber erinnert daran, dass der Euro seit seiner Einführung ein „Projekt der Veränderung“ war und dies gerade in letzter Zeit schmerzlich deutlich wird. Das Projekt sollte von zwei Säulen getragen werden: die fiskalische Disziplin und die (erhoffte) Konvergenz. Beides wurde nie zu Ende gedacht.

Europa steckt in einer Selbstvertrauenskrise, und diese ist, so Kerber, lösbar. Aber: Konvergenz im gesamten europäischen Wirtschaftsraum ist dringend geboten.

Die Euro-Zone ist ein heterogener Wirtschaftsraum mit bis dato klar eingeteilten Rollen: der Norden produziert, der Süden konsumiert. Zukünftig gilt es, dies umzukehren. Kerber mahnt an, entsprechende Mittel in die Hand zu nehmen, um zu einer Umkehrung dieser Verhältnisse zu führen, aber auch gewisse Regeln durchzusetzen. Der Markt und die wirtschaftlichen Instrumente sind vorhanden, allein es fehlt der Wille und die Führung. Vor allem bei Letzterem kann, so Kerber, Deutschland eine Führungsrolle übernehmen: Deutschland muss mehr Empathie mit den europäischen Nachbarn zeigen und eine Neubewertung der bis jetzt gültigen wirtschaftlichen Strukturen herbeiführen.

Kerber führt dies stellvertretend am Beispiel der europäischen Energiepolitik vor, die sich sowohl aus der historischen Perspektive (Schuman-Plan - Impuls für Europa) wie auch aus der aktuellen Entwicklung heraus (Stichwort: deutsche Energiewende) besonders gut für eine Umkehrung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Euroraum anbietet: energiepolitische Investitionen im Atlantik- und Mittelmeerraum sind dringend nötig. Der Süden würde (Energie) produzieren, der Norden würde konsumieren. Kerber ist überzeugt: Die deutsche Energiewende muss zwingend überdacht werden zu Gunsten einer europäischen Energiepolitik! Investitionen in die strukturschwachen Länder Europas sind notwendig. Deutschland muss dabei seinen Beitrag leisten und als Gewährleister für die Stabilität der beiden Grundpfeiler, Konvergenz gepaart mit fiskalischer Disziplin, sorgen, ohne die ein Zusammenwachsen Europas langfristig nicht möglich sein wird.

Kerber ruft zum Mut auf: Deutschland sollte die Führungsrolle in Europa mit Bedacht, aber mutig annehmen, getreu nach Perikles: „Das Geheimnis des Glückes ist die Freiheit, das Geheiminis der Freiheit ist der Mut“.

Dr. Markus Kerber ist Hauptgeschäftsführer des BDI und Kuratoriumsmitglied des Tönissteiner Kreises.

Zusammenfassung: Alexandra Heldt

Jürgen Trittin *„Wenn wir die aktuelle Krise angehen wollen, müssen wir sowohl die Spekulationen durch eine Finanztransaktionssteuer begrenzen als auch den Schuldenabbau in Europa voranbringen, zum Beispiel durch einen Schuldentilgungsfonds.“*

Europapolitische Grundsatzrede Jürgen Trittin

Die Leser der Frankfurter Allgemeinen Zeitung haben bereits eine Außenansicht zur Rede und zum Besuch Jürgen Trittins bei den Jahresgesprächen lesen dürfen*. Ich will dem eine Innenansicht hinzufügen. Zunächst ist anzumerken, dass Jürgen Trittin zwar der erste grüne Spitzenpolitiker war, der auf den Jahresgesprächen sprach, dass dies aber mitnichten den Kreis zu einem konservativen Kreis macht. Wir Tönissteiner wissen, dass wir überparteilich für mehr Internationalität streiten und jeden einladen, der potentiell etwas Spannendes zu sagen hat. Und dabei lassen wir uns von niemandem hereinreden. So haben wir das in der Vergangenheit gehalten und so wird das in Zukunft sein.

Warum also Jürgen Trittin?
Das politische Berlin und seine Medienlandschaft hatten verlauten lassen, dass sich da einer auf das Amt des Bundesministers der Finanzen vorbereitet, obwohl die Tradition es gewollt hätte, dass er sich in die Außenpolitik vertiefe. Was sagt dieser Ausschlag auf dem Seismographen aus über Außenpolitik, Europapolitik und die deutsche politische Klasse? Zumal das Bundesministerium der Finanzen – zumindest in seinem gegenwärtigen Zuschnitt – nicht mehr die Federführung in der europäischen Wirtschaftspolitik hat, die Oskar Lafontaine einst vom Wirtschafts- ins Finanzministerium verlagert hatte.

Die Antwort war in Ansätzen in Trittins Rede zu erkennen. Europapolitik ist zurzeit – und wohl sicherlich auch in der nächsten Legislaturperiode – Finanzpolitik. Es geht um nichts weniger, als nach der Geldpolitik nunmehr auch die Haushaltspolitik zu vergemeinschaften. Wie André Sapir in seinem Vortrag in Erinnerung rief, hatte Deutschland dies bereits bei der Schaffung des Euros angestrebt, war aber am Widerstand Frankreichs gescheitert. Nunmehr bereitet Wolfgang Schäuble zwischen den Zeilen genau das vor. Ironie der Geschichte: was einst an Frankreich gescheitert war, droht nunmehr an einem Bundesverfassungsgericht zu scheitern, welches gerade die Autoren der Romantik entdeckt.

Wie weit ist der Bundesfinanzminister im Wartestand bei seinen Vorbereitungen gekommen? Mein (ganz persönlicher) Eindruck: er hat sehr viel gelesen, aber noch nicht alles verdaut. Zur Erinnerung: Joschka Fischer hatte 1996, also zwei Jahre vor den Wahlen 1998, auf seinem Lauf zu sich selbst und ins Amt des Außenministers eine Schrift namens „Die globale Revolution. Wohlstandsverlust und Solidarität“ veröffentlicht. Mal schauen, ob wir im Laufe des Jahres auch ein Buch von Jürgen Trittin zur

zukünftigen Gestalt der Währungsunion, Europas und der globalen Regulierung präsentiert bekommen.

Was bleibt von der Rede im Gedächtnis? Für mich die folgenden Punkte:

- Kritik an Angela Merkel dafür, dass sie zu langsam handelt. Allerdings wenig Analyse zu der Frage, ob sie das mit Rücksicht auf ihre Koalition oder eher mit Rücksicht auf die demokratische Rückkopplung ihrer Positionen tut. Die Frage, ob die Grünen einen Bundestagswahlkampf 2013 mit Plakaten wie „In die Zukunft investieren: Eurobonds jetzt!“ oder „Mehr Europa wagen“ führen werden, bleibt offen.
- Die Suche nach einem linken ideologischen Unterbau. Den scheint er vor allem bei Wolfgang Streeck zu finden, aus dessen Veröffentlichung „The crises of democratic capitalism“ er lange Passagen zitiert.
- Die (mit Beifall bedachte) Feststellung, dass es scheinheilig ist, gegen eine Transferunion zu wettern, die längst Wirklichkeit ist (und als solche auch von allen Mitgliedstaaten gewollt ist, da sie das logische quid pro quo für den Binnenmarkt ist).
- Die Notwendigkeit des Übergangs der Haushaltshoheit auf die europäische Ebene, wenn im Gegenzug die demokratische Kontrolle sichergestellt ist. Dabei blieb aber unklar, was hier als demokratische Kontrolle zu verstehen ist: eine Kontrolle durch 27 nationale Parlamente (wie von Karlsruhe und Rechtspolitikern seiner Fraktion gefordert und eingeklagt) oder aber durch das europäische Parlament (wie es in der Logik von Mehr Europa läge).
- Die Kunst, die Rating-Agenturen in einem Satz zu loben und zu schelten.
- Und ein klares Plädoyer dafür, Europa zu stärken, um weltweit Normen setzen zu können.
- Schließlich, am Ende, die ehrliche Aussage, keine fertigen Antworten auf die Euro-Krise (und die daraus resultierende Europa-Krise) zu haben und ein klares Bekenntnis zu mehr Europa.

Die anschließende Debatte drehte sich überwiegend um die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Auch seine Vergangenheit als Umweltminister und Verfechter des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und des ersten Atomausstiegsgesetzes war Gegenstand kontroverser Fragen. Leider scheint es, als habe er hier den Widerspruch zwischen einer Förderung erneuerbarer Energien, die rein national ist, und dem Anspruch, eine europäische Energiepolitik zu haben, nicht erkannt (oder erkennen wollen). Das ist sehr schade: denn da wir – siehe oben – eine Transferunion haben, wäre es doch schön, wenn wir die Kosten für den Umstieg auf erneuerbare Energien reduzieren und gleichzeitig zur Stärkung schwächerer Volkswirtschaften beitragen würden, indem wir die Produktion erneuerbarer Energien dort fördern, wo sie am billigsten ist, weil die Natur es so eingerichtet hat.

Jürgen Trittin ist Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen.

Tim Maxian Rusche

**Jürgen Trittin: Der Consultinator, Christian Geyer, FAZ-Feuilleton, 22.1.2012 (Der Artikel ist auf Anfrage in der Tönissteiner Geschäftsstelle erhältlich)*

Jürgen Großmann *„Ich kenne kein Unternehmen ohne Plan B in der Schublade. Auch bei der Energiewende brauchen wir einen Plan B!“*

Deutsche Energiewende im Europäischen Energiebinnenmarkt
Naturwissenschaftlicher Vortrag
Jürgen Großmann

Die Gruppe der Naturwissenschaftler, Ingenieure und Mediziner im Tönissteiner Kreis (NIMs) hatte sich, nach dem erfolgreichen Panel zum Klimawandel bei den Jahresgesprächen 2011, in diesem Jahr das höchst aktuelle Energiethema auf die Fahnen geschrieben und konnte mit Jürgen Großmann einen prominenten Tönissteiner NIM aufbieten, der das Thema nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch mit technologischer Kompetenz behandelte.

Jürgen Großmann spannte, nachdem er dem TK Mut attestierte, ihn als Unternehmer der Schwerindustrie, CEO eines großen Energiekonzerns und „Dino-Preisträger des Jahres 2010“ zu diesem Thema referieren zu lassen, einen grossen Bogen zwischen Europäischer Energiewirtschaft und Europäischer Energiepolitik.

Die häufige Sicht eines Europas der zwei Geschwindigkeiten interpretierte er mit der wirtschaftlichen Integration, die einer politischen Einigung ständig vorauseilt. Der allgemeinen wirtschaftlichen Interdependenz stehen weitgehend autonome Nationalstaaten gegenüber. So ist die Energiewirtschaft zunehmend europäisch organisiert und die Energiepolitik weitgehend nationalstaatlich. Laut Großmann unterstützt die deutsche Energiewirtschaft ohne Einschränkung das erklärte Ziel der EU für einen europäischen Energie-Binnenmarkt.

Die wachsenden gegenseitigen Abhängigkeiten in einigen Regionen Europas rechtfertigen, laut Großmann, keine nationalen energiepolitischen Alleingänge mehr. Allerdings ist Europa nach seiner Meinung von einem vollständig integrierten Energiebinnenmarkt noch weit entfernt. Hauptunterschiede macht er bei Marktstrukturen, Stromerzeugungsmix und unterschiedlichsten Fördersystemen für „Erneuerbare“ sowie verschiedensten nationalen Egoismen aus.

Zwischen all den nationalen Interessen steht die EU-Kommission mit ihrem Bemühen, den Energiesektor zu harmonisieren und bis 2014 einen Europäischen Binnenmarkt zu schaffen.
Dies kann nur gelingen, wenn es auch eine Europäische Energiepolitik gibt, die für alle Marktteilnehmer einheitliche Rahmenbedingungen vorgibt, also ein „level playing field“.
Nach Ansicht von Großmann macht der Energiekommissar Günther Oettinger bei den Themen Energiebinnenmarkt und Energiepolitik erfreulicherweise richtig Druck.

Dagegen bezeichnet Großmann das nicht mit den Nachbarn abgestimmte, deutsche Ausru-

fen der beschleunigten Energiewende nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima als anschauliches Beispiel für die negativen Folgewirkungen von energiepolitischen Alleingängen, die mit einem europäischen Wettbewerbsmarkt unvereinbar sind.

Die Konsequenzen waren u. a. eine von einem Tag auf den anderen fehlende Kraftwerksleistung von knapp 8.500 Megawatt und einer bedenklich zusammengeschmolzenen Sicherheitsreserve der deutschen Kraftwerke, eine zeitweilige Erhöhung der Großhandelspreise für Strom um gut 10%, nicht nur in Deutschland sondern auch bei diversen Nachbarländern. Es gab keine europäischen Begeisterungsstürme für unsere Energiewende und Oettinger warnte davor, Energiepolitik auf Kosten Europas zu machen.

Doch es gibt auch mildere Beurteilungen: die Franzosen und Tschechen konnten ihre Stromexporte nach Deutschland seit dem Frühjahr deutlich steigern. Die Tschechen wollen angesichts der Situation gar ihren Atommeiler in Temelin ausbauen.

In der Kernenergiefrage zeichnet sich zwischen Deutschland und Europa ein Grundsatzkonflikt ab. Aber auch bei der Entwicklung klimafreundlicher Energieproduktion aus Kohle- und Gaskraftwerken mit Hilfe der Abscheidung und unterirdischen Lagerung von CO2, die bei uns bestenfalls halbherzig betrachtet wird, unterscheiden wir uns deutlich von der Haltung der Kommission.

Beim massiven Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland vermisst Großmann eine gewisse europäische Rücksichtnahme. So führe es, wenn die Norddeutschen Windräder sich auf Hochtouren drehen, dazu, dass der Strom von den zu schwachen Netzen nicht in den Süden geleitet werden kann. Stattdessen bahnt er sich einen Weg über die Niederlande, nach Belgien und bis nach Frankreich und sorgt für unkalkulierbare Belastungen der dortigen Netze. Aber auch Polen und Dänemark beklagen „Kollateralschäden durch deutschen Windstromüberfluss“.

Großmann sieht in dem Energiekonzept der Bundesregierung einen Grundsatzkonflikt zwischen Wettbewerbsmarkt und reguliertem Markt für Energie mit der EU-Kommission. Diesen Konflikt gilt es aufzubrechen.

Haben wir mit dem deutschen Vorpreschen in der Energiewende einige unserer Nachbarn verärgert, so brauchen wir letztere andererseits, wie z. B. bei der Entwicklung von Stausee- Speichern in Norwegen: dies zeigt, dass die Energiewende, wenn überhaupt, nur im europäischen Kontext funktioniert.

Die ehrgeizigen Ziele beim Ausbau der „Erneuerbaren“ werden nur erreichbar sein, wenn wir die europaweit kostengünstigsten Standorte nutzen. D.h. Solarenergie im Süden Europas und Wind an den Küsten Nordeuropas oder Off-shore.

Großmann glaubt, dass sich mit einem europäischen Fördersystem mehr als 150 Milliarden Euro im Vergleich zu diversen nationalen Lösungen einsparen ließen.

Er beleuchtet kritisch den Konflikt zwischen dem verbreiteten Wunsch nach verstärkter Nutzung der „Erneuerbaren“ einerseits und dem Protest und Widerstand bis zu Fundamentalopposition andererseits, wenn es um die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen für den grünen Strom geht. In dieser Diskussion sieht Großmann gar eine Renaissance und Verklärung der Einstellungen des Biedermeier. Mit einer solchen Haltung könne man die Energiewende gleich vergessen!

Der Eckpfeiler der Energieinfrastruktur ist und bleibt das Stromnetz. Es muss einen Verbund ohne jegliche physische Hindernisse geben, also quasi eine europäische „Kupferplatte“. Die EU-Kommission arbeite an der Beschleunigung des grenzüberschreitenden Netzausbaus. Aber, Großmann abschließend: wir brauchen energie- und umweltpolitische Zielregeln, die für alle gelten und nationale Alleingänge in der Energiepolitik in Deutschland und anderswo beenden.

An den Vortrag schloss sich eine von Andreas Rohardt moderierte rege Diskussion mit fast 20 Wortmeldungen an, in der Jürgen Großmann teils launig, teils emotional viele Hintergrundinformationen und persönliche Zukunftseinschätzungen mit dem Auditorium teilte.

Dr. Jürgen Großmann ist CEO von RWE, Inhaber der Georgsmarienhütte und Mitglied im Tönissteiner Kreis

Zusammenfassung: Andreas Rohardt/Alexandra Heldt

Quentin Peel *„When we were 12 or 15 members, Brussels meetings were a bit like dinner parties. Now, with 27, it‘s like a banquet. If you want plain talking, you have to leave the room.“*

„Zukunft des Euro und der Eurozone“ Quentin Peel

Der Financial Times Journalist Quentin Peel, der sich selbst als „britischen Europhilen“ bezeichnete, skizzierte zunächst die Entwicklung der derzeitigen Situation der Eurozone. Anschließend behandelte er das deutsch-französische Verhältnis und die britische Europaskepsis. Schließlich skizzierte er aus seiner Sicht einzuschlagende Lösungswege und charakterisierte die zukünftige europäische Integration.

Die Europäische Union habe mit dem Binnenmarkt, mit der gemeinsamen Währung und mit der Erweiterung sehr große Integrationsschritte vollzogen. Mittlerweile hätten die nationalen Bevölkerungen jedoch Schwierigkeiten, diese Schritte zu verarbeiten. Dadurch sei Europa zu einer Quelle der Unsicherheit statt wie gewünscht zu einer Quelle der Stabilität geworden. Peel wies in Zusammenhang mit der jüngeren krisenhaften Entwicklung in einigen Ländern der Eurozone auf eine gewisse Schadenfreude unter seinen britischen Landsleuten hin. Er äußerte die Meinung, dass insbesondere die Situation in Griechenland anfangs auch von deutscher Seite unterschätzt bzw. gar verharmlost worden sei. Die häufig in Deutschland geäußerte Forderung nach einem staatlichen Insolvenzverfahren hielt er für wenig konstruktiv. Erforderlich seien stattdessen Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsmobilität und eine Fiskalunion.

Quentin Peel hielt die inhärenten Spannungen des deutsch-französischen Verhältnisses für einen möglichen Grund für das deutsche Unbehagen im Umgang mit der Krise. Viele Vertreter Deutschlands vermuteten französische Interessen hinter griechischen Problemen. Zwischen Deutschland und Frankreich gebe es eine fast theologische Debatte („Colbert gegen Erhard“). Beide Länder müssten aber ihre Schlüsselfunktion für die Zukunft Europas erkennen und sich zusammenraufen. Gelegentlich in Großbritannien auftauchende deutschfeindliche Töne führte Peel auf britische Ängste zurück. Einen britischen Beitritt zum Euro schloss er - u.a. wegen des dortigen Systems zur Finanzierung von Immobilien – auf lange Zeit aus. Die Europaskepsis im Vereinigten Königreich äußere sich auch darin, dass sich junge Briten nur wenig für Brüssel bzw. die EU als potenziellen Arbeitgeber interessierten.

Die Ursache der Krise sah Peel nicht in zu hoher staatlicher Verschuldung. Diese sei vielmehr eine Konsequenz aus Ungleichgewichten und mangelnder Wettbewerbsfähigkeit. Ein Lösungsweg dürfe daher nicht nur Austeritätsmaßnahmen beinhalten, sondern müsse durch die Förderung von Investitionen ergänzt werden. Peel kritisierte, dass der soeben in Brüssel beschlossene Fiskalpakt keine echte Fiskaluni-

on sei. Erforderlich seien vielmehr ein größerer zentraler Haushalt, mehr Transferzahlungen und der Verlust nationaler Haushaltssouveränität bis hin zur Koordinierung von Steuern. Derartige umfassende Integrationsschritte müssten jedoch stärker demokratisch legitimiert werden. In seinem Ausblick am Ende zeigte sich Peel optimistisch und prognostizierte der Europäischen Union eine großartige Zukunft. Voraussetzung sei jedoch, dass Deutschland als Stabilitätsanker und Frankreich und Italien als große europäische Volkswirtschaften intensiv zusammenarbeiteten und sich kleinere Staaten einer gemeinsamen Linie anschließen würden.

Quentin Peel ist seit 2010 Chefkorrespondent der Financial Times in Deutschland.

Zusammenfassung: Dr. Lutz Reimers

André Sapir « *La société doit se protéger contre les marchés financiers, les excès financiers, au profit de l'intérêt commun!* »

L'avenir de la zone euro: Quelle gestion de la crise et quelles perspectives pour la gouvernance économique?
André Sapir

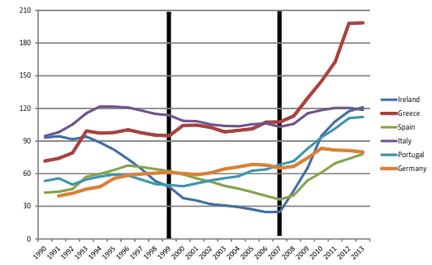
André Sapir annonce d'emblée la couleur. D'après lui, le présent et le futur de la zone Euro dépendent essentiellement de la volonté d'une vision commune du futur de la zone Euro. Sans vision du futur, pas de solution de la crise actuelle!

Sapir revient sur les débuts de la zone Euro et les manquements initiaux qui sont aujourd'hui responsable de la crise. La cause de la crise n'est pas seulement l'endettement public comme on pourrait le croire à premier abords. Elle n'est pas non plus uniquement la faute des pays périphériques, Grèce, Irlande, Italie, Portugal et Espagne (GIIPS). La cause est d'ordre systémique : le système a des difficultés parce qu'il a été mal dessiné. Résoudre la crise implique d'améliorer le système.

Le traité de Maastricht a été construit pour assurer la stabilité monétaire et la création de la zone Euro a en effet été un succès en termes de stabilité monétaire. Le talon d'Achille, c'est la stabilité fiscale et la stabilité financière. Le pacte de stabilité et de croissance n'a jamais été adéquat à cause de son orientation sur le déficit plutôt que sur la soutenabilité de la dette publique. En outre rien n'a été prévu pour assurer la soutenabilité du système financier comme en témoigne l'absence de mécanismes de supervision bancaire. Nous payons aujourd'hui le prix pour ce manque de mécanismes qui a mené au dysfonctionnement du système.

Oui la crise de la zone Euro est une crise de la dette, mais pas uniquement de la crise publique. Le problème de la dette privée est tout autant important. Certains pays ont un fort endettement public (Grèce), d'autres ont des fortes dettes privés (Irlande, Espagne, Portugal). Pour certains pays, la dette publique est la cause du problème. La Grèce en est un exemple flagrant. A partir de 2007 la dette publique, déjà forte, a explosé :

Dette publique après 2007



Data source: ECFIN

Pour d'autres, c'est la dette privée qui les a entrainés dans la crise. Exemple. Irlande dont le niveau d'endettement privé (en pourcentage du

revenu national) est le plus important de la zone Euro, dépassant même celui des Etats-Unis.

Au niveau de la dette totale (publique et privée), on ne note pas de très grandes divergences entre les GIIPS, par contre la composition diffère fortement. En outre, et c'est un point essentiel, on observe une différence significative entre GIIPS et les pays du Nord de la zone Euro, comme l'Allemagne, qui concerne la dette extérieure ; l'Allemagne n'a pas de dette extérieure nette (au contraire), tandis que les pays GIIPS ont des dettes externes nettes très fortes.

Contrairement à ce qui avait été espéré au moment de la création de la zone Euro, le système a manqué de mécanisme de correction face aux déséquilibres de balances courantes qu'elle a connu avec des flux de capitaux massifs allant des pays excédentaires (l'Allemagne et les autres pays du Nord) vers les pays en déficit (les GIIPS, à l'exception en partie de l'Italie).

Durant les 20 ans qui ont précédé la création de la zone Euro en 1999, la balance courante en pourcents du PIB était en moyenne de -1 pour les pays GIIPS, et de +1,5 pour les pays que Sapir défini comme les pays de l'ancienne zone Deutsche Mark (DM), avec une corrélation faible mais positive (+0,3) entre les déficits des deux groupes de pays. A partir de 1999, on constate une forte augmentation des déficits courants dans les pays GIIPS, le manque de système de correction (pas d'ajustement des taux de change, etc.) entraînant une forte accumulation de dette extérieure.

En revanche, en Allemagne et dans les autres pays de l'ancienne zone DM on assiste à un phénomène en sens inverse. Depuis 1999, la corrélation entre la balance courante des deux groupes de pays est élevée et négative (-0,75). Les graphiques présentés par Sapir démontrent clairement que dans la zone Euro, les déficits des uns sont le miroir du surplus des autres. A qui la responsabilité ? Aux pays débiteurs ou aux pays créditeurs ?

Aujourd'hui, il s'agit de mettre en place des instruments de corrections, de corriger les fautes initiales qui ont menés aux dysfonctionnements du système et à la crise. Beaucoup a été accompli depuis deux ans, mais on est encore dans le « too little, too late ». Et surtout l'accent au niveau des nouveaux traités a été mis uniquement sur la stabilité fiscale. Aucun mécanisme de stabilité financière n'a été mis en place et il n'est toujours pas question de supervision bancaire au niveau de la zone Euro qui est pourtant essentielle. Le pacte fiscal a cependant eu l'avantage de donner la marge de manœuvre nécessaire à la Banque centrale européenne pour venir en aide aux banques qui étaient dans une situation fort dangereuses à la fin de 2011.

Ce qu'il faut aujourd'hui, c'est une véritable solution de la crise basée sur une vision partagée par ses membres du futur de la zone Euro. Cette vision implique une discussion en profondeur de ce que pourrait et devrait signifier une Union fiscale, impliquant à la fois responsabilité et de solidarité de chacun.

Sapir conclut : l'histoire de l'Euro, c'est aussi une question de souveraineté partagée. Pour permettre la création de l'Euro, l'Allemagne a été le seul pays qui ait véritablement cédé sa souveraineté monétaire, mais en échange d'une assurance de stabilité monétaire (« L'Euro, c'est la DM sous un autre nom »). Aujourd'hui c'est le tour des autres pays, et avant tout celui de la France, de partager leur souveraineté, cette fois-ci dans le domaine fiscal, en échange de la solidarité fiscale. Cette Union fiscal devra couvrir non seulement les questions budgétaires mais aussi la stabilité financière qui requiert la mise en place d'une supervision bancaire de la zone Euro et d'un mécanisme commun d'assurance des dépôts.

Sapir termine sur une note optimiste : La zone Euro survivra à la crise, mais uniquement à condition qu'elle développe une vision commune de ce que nécessite, outre la stabilité monétaire, la stabilité fiscale et la stabilité financière.

André Sapir est professeur d'Economie à l'Université libre de Bruxelles (ULB) et Senior Fellow chez Bruegel, European Think Thank for International Economics, Bruxelles

Résumé : Alexandra Heldt

Dr. Thomas Birtel *„Den Euro dürfen wir nicht verlieren (…) Die Übertragung von Souveränitätsrechten ist allerdings unerlässlich, ein sinnvoller Kohäsionsfonds hat eine Daseinsberechtigung."*

Wirtschaftspolitische Podiumsdiskussion

mit Gerd Häusler, Vorsitzender des Vorstandes, Bayerische Landesbank, München, Dr. Thomas Birtel, Mitglied des Vorstandes der STRABAG AG, Köln und der STRABAG AG SE, Wien, Österreich, Dr. Ulrich Köstlin, ehem. Vorstand Bayer Schering AG, Dr. Joachim Reidiess, Geschäftsführender Gesellschafter, Dr. Wirth Gruppe, Bad Homburg
Moderiert von Dr. Inga Michler, Welt-Gruppe
(Alle Panel-Teilnehmer sowie die Moderatorin sind Mitglieder des Tönissteiner Kreises)

Deutsche Unternehmen und Europa – Tönissteiner Insights

Das wirtschaftspolitische Panel der diesjährigen Jahresgespräche war ganz bewusst mit Tönissteiner Unternehmern und Managern aus unterschiedlichen Branchen und Segmenten besetzt – ging es doch darum, einen Eindruck von den Bedürfnissen und erhofften Umgangsszenarien der deutschen Wirtschaft mit der allgegenwärtigen Staatsschuldenkrise zu gewinnen. So leitete die Moderatorin, Inga Michler, die Runde sogleich mit der Frage an alle Panelteilnehmer ein, wie sie aus ihrer Perspektive als Vertreter deutscher Unternehmen oder als Mittelständler die Krise erlebten.

Wo drückt der deutschen Wirtschaft der Schuh?

Für Gerd Häusler, der vor seiner Zeit bei der Bayerischen Landesbank unter anderem für die Bundesbank und den IWF – hier als Leiter der Kapitalmarktabteilung in Sachen Staatschuldenkrisen in Argentinien und Uruguay – tätig war, war bereits die politische Entscheidung 1991, die maßgeblich auf François Mitterrand zurückging, nämlich die Währungsunion ohne eine politische Union zu etablieren, ein entscheidender „Webfehler". Dies sahen alle Diskussionsteilnehmer ebenso. Heute müsse man die Politik, so Häusler, nüchtern betrachten: Die Bitte der Bundesregierung an die Banken im Mai 2010, ihre griechischen Staatsanleihen zu halten, sei naiv gewesen, weil Griechenland insolvent gewesen sei. Auch habe er zu dem Zeitpunkt bereits vor Rettungspaketen für Griechenland gewarnt. Diese hätten die Schulden noch weiter ansteigen lassen. Eine Umschuldung wäre von vornherein effektiver gewesen. Zwar sei das Risiko einer Ansteckung in der Eurozone immer noch unbestritten real, allerdings würden Rettungspakete dies nicht mindern – wie die Märkte jetzt zeigten. Es gehe nun vielmehr darum, das verlorene Vertrauen der Investoren zurückzugewinnen. Das werde aber derzeit nicht einfacher dadurch, dass „kein Staatsmann", insbesondere nicht die Europäische Kommission, mehr ein Interesse daran habe, den Banken zu helfen. Als Beispiel nannte er den Fall der ungarischen Regierung, die derzeit wegen staatlicher Überschuldung in ausländische Vermögen eingreife, indem sie durch das Ende September 2011 beschlossene Fremdwährungskreditablösegesetz Kreditnehmern von FX-Darlehen erlaubt, ihre

Kredite vorzeitig zu festgesetzten Wechselkursen zurückzuzahlen. Der hieraus resultierende Währungsverlust ist dabei von den Banken zu tragen. Hiergegen unternehme die Europäische Kommission nichts, was dazu führte, dass Investoren sich völlig zurückzögen.

Thomas Birtel schätzte den Stopp des Interbankenhandels als dramatisch für das tägliche Geschäft jener Privatkunden ein, die auf Fremdfinanzierung angewiesen seien. Das sei bei teuren, singulären Produkten wie sie die STRABAG anbiete, allerdings weniger der Fall. Die Baubranche selbst sei im Übrigen „tot, wenn sie Kredite in Anspruch nehmen muss“. Jedoch müssten Unternehmen der Baubranche ihr Geschäft regelmäßig mit Bankbürgschaften unterlegen. Insgesamt habe seine Branche die Krise relativ stabil überstanden. Außerdem habe man die „Zeichen der Zeit“ in Griechenland rechtzeitig erkannt, so dass sich sein Unternehmen bereits vor zwei Jahren komplett aus Griechenland zurückgezogen habe.

Aus Sicht der Gesundheitsbranche schilderte Köstlin, dass hier weniger die eigene Finanzierung in Gefahr geraten sei. Die Gesundheitsbranche sei 2008/2009 insgesamt sogar gewachsen. Es sei jetzt aber problematisch, dass die wesentlichen Kunden der Pharmabranche die Staaten seien. Griechische Krankenhäuser hätten extrem hohe Zahlungsrückstände und schuldeten der Pharmabranche ca. 1 ½ Jahresumsätze. Die Pharmabranche könne aber nicht einfach – wie etwa die Baubranche – ein Land quasi „dicht machen“ und die Lieferung notwendiger Medikamente einstellen. Zudem seien die verordneten staatlichen Sparprogramme für die Pharmabranche besonders schmerzvoll, da die Programme auch die Kürzung der Gesundheitsausgaben vorsähen - so etwa in Form einer Kontingentierung von Arzneimitteln. Insgesamt plädiere er dafür, das Gesundheitswesen weg vom Staat in private Hände umzulenken.

Für den Mittelstand, so Joachim Reidiess, sei eine Kreditklemme schwer zu verkraften, da ein Mittelständler in Generationen plane und für sein Unternehmen hafte. Es sei aber dennoch nicht zu befürchten, dass Mittelständler nun in Länder außerhalb der Eurozone flüchteten, denn dort gebe es wiederum andere Unsicherheitsfaktoren.
Wie also sei die derzeitige Krise in den Griff zu kriegen, fragte die Moderatorin?

Vermögensabgabe der Reichen statt Rettungspakete des Europäischen Steuerzahlers

Als eine Möglichkeit nannte Gerd Häusler etwa eine private Vermögensabgabe der reichen Inländer in Ländern wie Italien. Bevor der Europäische Steuerzahler zur Kasse gebeten werden dürfe, müsse ein Vermögenstransfer im eigenen Land stattfinden. Das sei in Griechenland eventuell nicht mehr zu bewerkstelligen, da man zu lange gewartet habe und die Großvermögen bereits außer Landes geschafft worden seien. In anderen Ländern sehe das aber anders aus. So solle Italien im Rahmen des Schuldenabbaus zunächst auf die großen Privatvermögen der eigenen Bevölkerung zugreifen – hier sei noch die finanzielle und politische Kraft vorhanden, das Land aus sich heraus zu verändern. Häusler sah hierzu auch keine gleichwertige Alternative. Dem stimmte Joachim Reidiess zu, der anfügte, dass die italienischen Privatvermögen die Schulden des Landes um ein Vierfaches überstiegen. Problematisch sei aber, dass solche Großvermögen extrem schnell das Land verlassen könnten, so dass am Ende des Tages die Immobilienbesitzer und Mittelständler, also jene, die nicht ausweichen könnten, das Nachsehen hätten. Ulrich Köstlin analysierte das Problem der italienischen Staatsverschuldung derart, dass der Staat zu viele Aufgaben übernommen habe, die nunmehr wieder in private Hände gelegt werden sollten. Thomas Birtel weist darauf hin, dass mit der Inflationierung ein sanfterer Weg der Entschuldung anstatt privater Vermögenstransfers zur Verfügung stehe.

Die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands herstellen

Als weiteren Aspekt für eine Krisenbewältigung nannte der Mittelständler Reidiess die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands, die es herzustellen gelte. Hierfür müsse in Griechenland, so Reidiess, eine effiziente Steuerverwaltung aufgebaut werden. Zudem müsse der Mittelstand dort gefördert werden – stelle er doch in Deutschland den Kern der Wirtschaft mit 2/3 der Gesamtwirtschaftsleistung und 75% aller Arbeitsplätze dar. Man könne auch nach chinesischem Vorbild Steuersonderzonen einrichten, außerdem sei eine Entbürokratisierung unumgänglich. Es sei auch klar, dass es Jahre dauern werde, bis eine gewisse Industriesubstanz geschaffen sei. Es sei aber notwendig, eine neue „Wettbewerbskultur“ in den Problemländern zu schaffen. Im Unterschied zu Italien, so Köstlin, sei in Griechenland überhaupt keine Infrastruktur vorhanden – diese aufzubauen, sei eine gewaltige Aufgabe.

Mehr Europa!

Schließlich lautete die Botschaft, ein Mehr an Europäischer Wirtschaftsregierung sei durchaus erwünscht. Ulrich Köstlin unterstrich, der Euro habe den Unternehmen jahrelang den Rücken freigehalten. Die gemeinsame Währung sei es wert, sich weiter für den gemeinsamen Währungsraum einzusetzen. Dafür müssten aber gewisse Kompetenzen auf die EU-Ebene abgegeben werden. So solle ein wirksamer Krisenmechanismus im Rahmen der EU angesiedelt werden. Im Gesundheitsbereich wünsche er sich weniger Preiskontrollen einzelner Staaten, sondern einheitliche europaweite Regelungen.

In der Steuerpolitik sei eine Harmonisierung allerdings nicht wünschenswert, sondern mehr Steuerwettbewerb, etwa nach dem Vorbild der Schweizer Kantone. Auch Gerd Häusler plädierte dafür, Kernbereiche der Wirtschaftspolitik zu „vergemeinschaften“. Allerdings sprach er sich für eine Kern-Eurozone aus, der Länder wie Griechenland nicht angehören könnten. Ein dauerhaftes Transfersystem halte er für problematisch. Thomas Birtel erinnerte an dieser Stelle an die EU-Kohäsionsfonds und bewertete diese dahin, dass die EU immer eine Transferunion gewesen sei. Er stimmte aber der These des Panels zu, wer den Euro wolle, müsse mit der Übertragung weiterer Souveränität einverstanden sein.

Letztlich sprach aus der Diskussion Optimismus hinsichtlich der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit Europas insgesamt. Europa lebe von seiner großen Innovationskraft, die auch nicht als gefährdet eingeschätzt wurde. Hingegen wurde „der Fall Griechenland“ unterschiedlich bewertet – hier ging das Meinungsspektrum von „hoffnungslos“ bis „es wird ein langer Weg bis zur Wettbewerbsfähigkeit“. Wie dieser Weg beschritten werden könnte, haben unsere Panelteilnehmer aus ihrer Sicht geschildert.
Das Experiment, Tönissteiner Expertise anzuzapfen und für weitere Handlungsperspektiven fruchtbar zu machen, hat sich gelohnt!

Zusammenfassung: Dr. Anna v. Oettingen

54. Tönissteiner Jahresgespräche

Tönissteiner Kreis Gesprächskreis Wissenschaft, Wirtschaft und Politik

Tönissteiner Kreis

Gesprächskreis Wissenschaft, Wirtschaft und Politik

Haus der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29, 10178 Berlin
Telefon +49 (0)30 203 08 40 90
Telefax +49 (0)30 203 08 40 92
info@toenissteiner-kreis.de
www.toenissteiner-kreis.de

Der Tönissteiner Kreis e. V. ist als gemeinnützig anerkannt. Eingetragen im Vereinsregister Amtsgericht Charlottenburg 20824 B

Impressum

Herausgeber

Tönissteiner Kreis e. V.
Haus der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29, 10178 Berlin
Telefon +49 (0)30 203 08 40 90
Telefax +49 (0)30 203 08 40 92
info@toenissteiner-kreis.de

Verantwortlich

Alexandra Heldt, Geschäftsführerin
Tönissteiner Kreis e. V.

Layout

15 Grad
www.15grad.de

Auflage

1000

© April 2012

Weitere aktuelle Informationen finden Sie auch auf unserer Website www.toenissteiner-kreis.de